

Was bringt den Steuerzahlern die Reform?

Experten loben das Volumen der Steuerreform. Dauerhafte Entlastungseffekte sind aber nicht nur wegen der kalten Progression fraglich.

GERALD STOIBER

SALZBURG. In knapp einem Monat tritt die Steuerreform in Kraft. Von einer echten Reform könne aber gar nicht gesprochen werden, sondern nur von einer Änderung der Tarifstufen bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Was verabsäumt worden sei oder wofür der Regierung schlicht der Mut gefehlt habe, seien die wesentliche Vereinfachung des Steuersystems und eine stärkere Umverteilung, sagt etwa Helmut Gaisbauer vom Zentrum für Ethik und Armutsforschung der Uni Salzburg. „Eine Vermögensbesteuerung wäre eine Reform gewesen.“

Auch die OECD fordere von Österreich seit Jahren die stärkere Entlastung des Faktors Arbeit und eine stärkere Besteuerung von Vermögen. „Vermögen hat gute Verteidiger“, sagt Gaisbauer im Hinblick darauf, dass die reichsten zehn Prozent rund 70 Prozent des Vermögens besitzen. Der Sozialstaat in Österreich sei hervorragend, er werde aber „unter Wert verkauft“.

Friedrich Schneider, Ökonom an der Uni in Linz mit Schwerpunkt Pusch und Schattenwirtschaft, sagt: „Die Entlastung der Arbeitnehmer um fünf Milliarden Euro ist

schon markant, aber der Mut, gleichzeitig die kalte Progression abzuschaffen, hat leider gefehlt.“ Dadurch werde der Effekt der Steuerreform „in zwei bis drei Jahren schon wieder verpufft sein“.

Der Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhandler in Salzburg, Johannes Pira, schlägt in dieselbe Kerbe. Die Änderung bei der Grunderwerbssteuer, die Erben und Vererben von Immobilien in vielen Fällen teuer macht, „trifft den Mit-



„Ich bin bei der Registrierkasse skeptisch.“
Friedrich Schneider,
Ökonom Uni Linz

telstand“. Bei teureren Grundstücken werde sehr wohl umverteilt, denn „da betragen die Unterschiede im Einzelfall 50.000 bis 100.000 Euro“. Pira nennt ein typisches Beispiel im Stadtteil Maxglan: Bei einem zum Teil vermieteten Mehrfamilienhaus mit 400 Quadratmetern Wohnfläche, steige die Grunderwerbssteuer bei der Übergabe 2016 von 2600 Euro auf 29.000 Euro. Natürlich erfolge die Übertragung da-

her noch neuer, erklärt Pira, es gebe starke Vorzieheffekte. In seiner Branche sowie bei Anwälten und Notaren herrsche Hochbetrieb, weil viele Eigentümer rasch entscheiden müssten, ob sie noch neuer ihre Immobilien übertragen. Maßgeblich ist dabei das Datum der Vertragsunterzeichnung, nicht der Beschluss des Grundbuchgerichts.

Steuerrechtswissenschaftlerin Sabine Urniker ort zwar teils gravierende Änderungen bei der Immobilienbesteuerung. So steigt zum Beispiel die Steuer auf den Ertrag beim Verkauf von Immobilien von 25 auf 30 Prozent, die Abschreibungszeit von Instandsetzungsarbeiten wird um die Hälfte auf 15 Jahre verlängert. Urnikers Fazit: „Es wird schon umverteilt, aber bei den untersten Einkommensschichten kommt davon fast nichts an.“ Die Negativsteuer, die Menschen erhalten, weil sie so wenig verdienen, dass sie keine Steuern zahlen, sei zwar von 110 auf

400 Euro im Jahr erhöht worden, das sei aber nicht die Welt.

Was die Betrugsbekämpfung angeht, bremst Schneider die Erwartungen: „Ich bin skeptisch bei der Registrierkassenpflicht. Die Regierung erwartet Mehreinnahmen von 900 Mill. Euro. Wenn 300 bis 400 Millionen erreicht würden, wäre das schon sehr gut. Hätte man das Geld in die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs gesteckt, wären Mehreinnahmen bis zu einer Milliarde realistisch.“ Schneider nennt ein Beispiel aus dem Skitourismus: Bei allen acht Hüttenrenten in Hinterstoder sei die Situation so, dass sie entweder eine Kraft mehr einstellen oder die Zahl der ausgegebenen Essen reduzieren müssten.

„Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, kritisiert Kammerpräsident Pira. „Das trifft die kleinen und mittleren Unternehmen. Die Umsatzgrenze von 7500 Euro für die Registrierkassenpflicht ist viel zu niedrig. Sogar ein Hausarzt müsste nach den Visiten nachträglich seine Umsätze eintragen. Wer soll das überwachen?“

Vanessa Mühlböck von der Arbeiterkammer Wien lobt die Tarifentlastung für Arbeitnehmer. Zwar ändere sich dadurch nichts daran, dass 40 Prozent der Arbeitnehmer und Pensionisten keine Einkommenssteuern zahlen. Sie trügen aber durch Verbrauchssteuern und Sozialversicherungsbeiträge zum System bei. Positiv zu vermerken sei, dass ab 2017 eine automatische Arbeitnehmerveranlagung kommt – für jene, die bis 30. Juni des Folgejahres noch sogenannten Jahresausgleich beantragt haben und sich auf Basis der Daten eine Gutschrift ergibt. Bisher würden Lohnsteuerpflichtige dem Staat pro Jahr rund 200 Millionen Euro schenken.

Amazon-Mitarbeiter streiken in fünf Zentren

Mitten im Weihnachtsgeschäft erhöht die Gewerkschaft den Druck. Der Onlinehändler hat allerdings bereits vorgesorgt.

FRANKFURT. Alle Jahre wieder: Weihnachten steht vor der Tür und die Mitarbeiter des Versandhandelsriesen Amazon in Deutschland streiken. In Koblenz starteten die Proteste bereits am Montag, am Mittwoch folgten vier weitere Logistikzentren. Die Gewerkschaft Verdi kündigte weitere kurzfristig angesetzte Streiks im Advent an.

„Amazon hat es in der Hand, Beschäftigten und Kunden ein reibungsloses Weihnachtsgeschäft zu ermöglichen“, warnt Verdi-Vorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Ihre Forderungen konnte die Gewerkschaft bislang nicht durchsetzen: Amazon soll einen Tarifvertrag mit Regelungen wie im Einzel- und Versandhandel abschließen.

Der US-Handelsriese vertritt den Standpunkt, dass die Beschäftigten im – schlechter bezahlten – Bereich Logistik arbeiten. Die Löhne seien angemessen und lägen bei mindestens zehn Euro brutto pro Stunde. „Amazon beweist jeden Tag, dass man auch ohne Tarifvertrag ein guter Arbeitgeber sein kann“, erklärt Sprecherin Anette Nachbar.

Bleiben die Weihnachtspackern liegen? „Nein, der Streik hat auf die Kunden keine Auswirkungen. Die Beteiligung ist gering“, sagt Nachbar und spricht von 750 Mitarbeitern im Ausstand. Und das Unternehmen hat vorgesorgt: In der Weihnachtszeit wird die Mitarbeiterzahl verdoppelt. 10.000 Saisonkräfte werden benötigt, um die

stark steigende Zahl der Bestellungen zu bewältigen. Sie können aber auch Lücken schließen, die durch einen Streik des Stammpersonals entstehen. Ein großer Teil der in Österreich bestellten Waren kommt aus den neuen deutschen Verteilern. Allerdings betreibt Amazon europaweit 30 Logistikstandorte, die Pakete verschicken. **bu**

WIZANY-KALENDER 2016

Mit viel Witz und Charme, aber auch mit bekannt spitzer Feder präsentiert SN-Karikaturist Thomas Wizany zwölf einzigartige chinesische Tierkreiszeichen.

Holen Sie sich jetzt mit Ihrer **SN-CARD** den Wizany-Kalender 2016 exklusiv mit einer Originalsignatur des Karikaturisten um nur € 25,-. Erhältlich im Foyer der „Salzburger Nachrichten“, im Internet unter sncard.salzburg.com oder per Telefon: +43 662 / 8373-222 (zzgl. € 8,50 Versand- und Bearbeitungsgebühr). Solange der Vorrat reicht.



Salzburger Nachrichten
DIE INTERESSANTESTE ZEITUNG ÖSTERREICHS